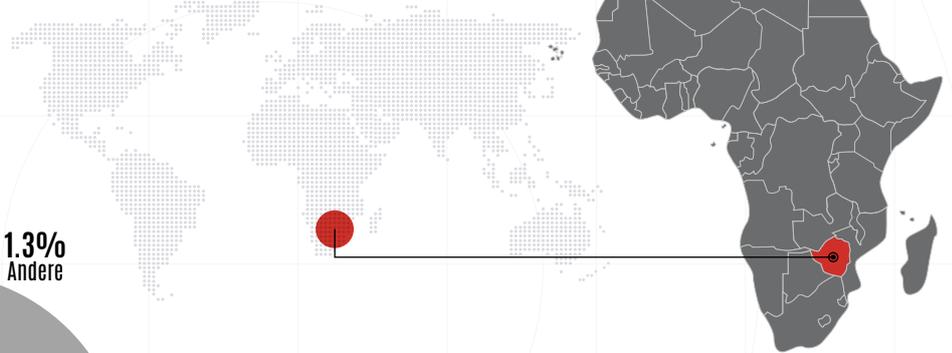
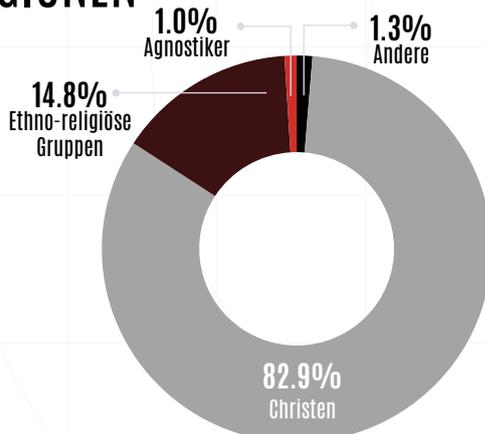




SIMBABWE

RELIGIONEN



DIE GESETZSLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Die Religionsfreiheit und das Recht, religiöse Glaubenspraktiken auszuüben, sind in der Verfassung Simbabwes aus dem Jahr 2013 verankert.¹ In der Präambel des Dokuments wird „die Souveränität des allmächtigen Gottes, in dessen Händen unsere Zukunft liegt“ anerkannt und um seine „Führung und Unterstützung“ gebeten. In Artikel 3 (1, d) werden die „vielfältigen kulturellen, religiösen und traditionellen Werte“ und die damit verbundenen Rechte anerkannt. Artikel 60 (1, a und b) garantiert allen Bürgern sowohl die „Gedanken-, Meinungs-, Religions- und Glaubensfreiheit“ als auch „die Freiheit, ihre Gedanken, Meinung, Religion und ihren Glauben zu leben, zu verbreiten und zum Ausdruck zu bringen – sei es öffentlich oder privat, alleine oder mit anderen.“ Außerdem heißt es in Artikel 60 (4): „Kein Mensch kann dazu gezwungen werden, einen Eid abzulegen, der seiner Religion oder seinem Glauben widerspricht, oder einen Eid auf irgendeine Weise zu leisten, die mit seiner Religion oder seinem Glauben im Widerspruch steht.“

Artikel 60 widmet sich auch der religiösen Bildung. So besagt Abschnitt 3: „Eltern und Vormunde minderjähriger

Kinder haben das Recht, die moralische und religiöse Erziehung ihrer Kinder im Sinne ihres Glaubens zu bestimmen, solange dies nicht die verfassungsmäßigen Rechte ihrer Kinder beeinträchtigt. Dies schließt die Rechte der Kinder auf Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Wohlstand ein.“² Auch wird in Artikel 60 (4) das Recht religiöser Gemeinschaften anerkannt, „Einrichtungen zu gründen, in denen Religionsunterricht angeboten wird. Dies gilt auch für den Fall, dass die Einrichtungen Zuschüsse oder sonstige Hilfen vom Staat erhalten.“³

Formell betrachtet sind die Menschenrechte und Freiheiten in der Verfassung Simbabwes fundamental verankert, allerdings kommt es immer wieder zu Einschränkungen, sobald die Rolle der Regierungspartei ZANU-PF⁴ in Frage gestellt wird. So schränkt beispielsweise der Public Order and Security Act (POSA)⁵ aus dem Jahr 2002 wirksam die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit ein. Das Gesetz ermöglichte es den Behörden, jegliche Versammlungen, auch religiöse, als „politisch“ zu brandmarken. Menschenrechtsorganisationen berichten, dass die Polizei den POSA in der Vergangenheit häufig anwandte, um religiöse Versammlungen zu unterbinden.⁶

Die 2017 unter dem ehemaligen Mugabe-Anhänger Emerson Mnangagwe an die Macht gekommene neue simbabwische Regierung ersetzte POSA 2019 durch den

Maintenance of Peace and Order Act (MOPA).⁷ Die Oppositionsparteien Simbabwe stehen dem neuen Gesetz sehr kritisch gegenüber⁸ und werfen der Regierung vor, ein Gesetz mittels demokratischer Reformen zu erlassen, das kaum weniger repressiv als POSA ist.⁹ Kritikern zufolge sind sowohl das Gesetz aus dem Jahr 2002 als auch jenes aus dem Jahr 2019 mit dem Law and Order Maintenance Act (LOMA)¹⁰ vergleichbar. Der LOMA war noch vom rhodesischen Regime unter Ian Smith vor der Unabhängigkeit Simbawwes¹¹ eingeführt worden, um die afrikanisch-nationalistische Opposition des Landes zu unterdrücken.¹²

VORKOMMISSE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

2020 jährte sich die Unabhängigkeit Simbabwe zum vierzigsten Mal. Traditionell sind Religion und das Ausleben des Glaubens tief in der simbabwischen Gesellschaft verwurzelt. Neben der Anglikanischen Kirche und unterschiedlichen protestantischen Gemeinden spielt die Katholische Kirche eine besondere Rolle. Rund acht Prozent der Bevölkerung bekennt sich zum Katholizismus.¹³

Nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1980 war die Beziehung zwischen Kirche und Regierung relativ unproblematisch. Allerdings haben die katholischen Bischöfe schon damals Hirtenbriefe verfasst, in denen sie die zunehmend autoritären Züge der Regierung kritisierten. Regierung und Regierungspartei versuchten wiederum, die Kirche zu manipulieren und für ihre eigenen Zwecke zu nutzen.¹⁴ In der Herrschaftszeit des Diktators Robert Mugabe standen Regierungsvertreter gelegentlich im Mittelpunkt großer kirchlicher Veranstaltungen, um Einfluss auf katholische Wähler auszuüben. Doch in einem Umfeld zunehmender Menschenrechtsverletzungen klangen die Versprechungen leer.

Auch heute ist die Position der Kirche immer noch prekär. Die Bischöfe sind verpflichtet, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, da die Kirche ein großes Netzwerk von Schulen und Krankenhäusern betreibt und damit die bestehende Lücke in der öffentlichen Versorgung schließt. Trotzdem geraten die Bischöfe, die sich Wahrheit, Frieden, Versöhnung und Gerechtigkeit verschrieben haben, in Anbetracht von staatlichen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit sowie der herrschenden Intoleranz und Diskriminierung immer wieder in Konflikt mit dem autoritären Staat.

Zunehmende Armut, eine Inflationsrate von über 800 Pro-

zent und Ernährungsunsicherheit entfachten Anti-Korruptionsproteste, die zu einem harten Durchgreifen der Regierung am 31. Juli 2020 führten.¹⁵ Seitdem versucht Präsident Emmerson Mnangagwa die Demonstranten durch Terror einzuschüchtern. Die Gewalt gegenüber den friedlichen Demonstranten führte zur Gründung einer Gegenbewegung, die den vom globalen #BlackLivesMatter inspirierten Hashtag #ZimbabweanLivesMatter verwendete.¹⁶

Als die Katholische Bischofskonferenz Simbabwe am 14. August in einem Hirtenbrief die sozialen Missstände und das harte Vorgehen der Regierung thematisierte,¹⁷ vertieften sich die Gräben zwischen Kirche und Staat. In dem Hirtenbrief heißt es unter anderem: „Vielen unserer Mitbürger läuft es kalt den Rücken herunter. Das Vorgehen der Regierung gegen Andersdenkende ist beispiellos.“¹⁸ Weiter hieß es in dem Brief, der in allen Pfarreien verlesen wurde: „Unsere Regierung brandmarkt jeden Andersdenkenden als Staatsfeind: das ist ein Missbrauch.“¹⁹ Der apostolische Nuntius in Harare, die katholischen Ordensoberen Simbabwe und die Katholische Bischofskonferenz Südafrikas sprachen den simbabwischen Bischöfen sofort ihre Solidarität aus,²⁰ ebenso die Anglikanische Kirche Simbabwe, die einen ähnlich kritischen Brief veröffentlicht hat.²¹

Die Reaktion der Regierung folgte umgehend. Der Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz Simbabwe, Harares Erzbischof Robert Christopher Ndlovu, wurde von der Informationsministerin Monica Mutsvangwa persönlich und scharf angegriffen. Sie bezeichnete die Kommunikation der katholischen Bischöfe als „böartige Botschaft“, die einen „Genozid wie in Ruanda“ befeuern würde.²²

Dem simbabwischen Missionar Pater Oskar Wermter SJ zufolge gibt es für die Kirche in den staatlichen Medien keinen Platz. Für die katholischen Bischöfe sei es schwierig, sich in ihren Hirtenbriefen frei und unparteiisch an die Öffentlichkeit zu wenden. Sogar ein bekannter, in Deutschland geborener simbabwischer Journalist habe der Kirche kürzlich in einem verleumderischen Artikel in einer Parteizeitung Rassismus unterstellt.²³

Die aktuelle Situation, so Pater Wermter, stelle einen Rückschritt im Vergleich zu den Jahren 1980-2000 dar, als die Kirche weit größere Freiheiten und mediale Präsenz genoss. Beispielsweise kann in den staatlichen Medien heute selbst für Hirtenbriefe keine Werbung mehr geschaltet werden und Bischöfe geraten in Konflikt mit der Regierungspartei, wenn sie Hirtenbriefe selbst verlesen oder verlesen lassen.²⁴

Im jüngsten Versuch, das harte Vorgehen gegen die Bevölkerung zu rechtfertigen, argumentierte die Regierung, dass die repressiven Maßnahmen notwendig seien, um die Verbreitung von Covid-19 unter Kontrolle zu bringen. Allerdings sehen immer mehr Kirchenvertreter in den Maßnahmen nicht nur ein Mittel gegen die Pandemie, sondern auch den Versuch der Regierung, kritische Stimmen zu unterdrücken.²⁵

PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Theoretisch ist die Religionsfreiheit in Simbabwe geschützt, in die Praxis wird das jedoch nicht umgesetzt. Die

staatlichen Behörden respektieren die Religionsfreiheit nur, solange der Staat und potenzieller Machtmissbrauch nicht durch Kirchenvertreter infrage gestellt werden. In dieser Hinsicht hat sich seit Ende der Mugabe-Ära wenig geändert und eine Verbesserung ist nicht zu erwarten. Im Gegenteil spricht nach der Veröffentlichung des Hirtenbriefes der katholischen Bischöfe²⁶ vom August 2020 vieles dafür, dass sich die Beziehung zwischen Kirche und Staat weiter verschlechtern wird. In diesem Hirtenbrief waren mit Unterstützung anderer Kirchen die Menschenrechte verteidigt worden.²⁷

ENDNOTEN/QUELLEN

- 1 Zimbabwe 2013 (rev. 2017), Constitute Project, https://www.constituteproject.org/constitution/Zimbabwe_2017?lang=en (abgerufen am 15. Februar 2020).
- 2 Zimbabwe 2013 (rev. 2017), op. cit.
- 3 Ebd.
- 4 Zimbabwe African National Union – Patriotic Front.
- 5 Public Order and Security Act (POSA), kubatana.net, https://web.archive.org/web/20071110022548/http://www.kubatana.net/html/archive/legisl/0201222posa.asp?sector=LEGISL&year=0&range_start=1 (abgerufen am 1. April 2020).
- 6 „Under a shadow: civil and political rights in Zimbabwe,” Human Rights Watch, Juni 2003, <https://www.hrw.org/legacy/backgrounder/africa/zimbabwe060603.htm> (abgerufen am 20. August 2020).
- 7 Maintenance of Peace and Order Bill 2019, Veritas, http://www.veritaszim.net/sites/veritas_d/files/maintenance%20of%20peace%20bill.pdf (abgerufen am 15. Februar 2020).
- 8 Thandiwe Garusa, „MDC attacks Mnangagwa for ‘misleading’ AU over Zim reforms,” New Zimbabwe, 12. Februar 2020, <https://www.new-zimbabwe.com/mdc-attacks-mnangagwa-for-misleading-au-over-zim-reforms/> (abgerufen am 15. Februar 2020).
- 9 Ebd.; Robert Tapfumaneyi, „Minister Moyo defends Zim’s ‘repressive’ security law,” New Zimbabwe, 27. Januar 2020, <https://www.newzimbabwe.com/minister-moyo-defends-zims-repressive-security-law/> (abgerufen am 21. August 2020).
- 10 Derek Matyszak, Democratic space and state security: Zimbabwe’s public order and security ACT, kubatana.net. http://archive.kubatana.net/docs/opin/matyszak_posa_050302.pdf (abgerufen am 1. April 2020).
- 11 Garusa, op. cit.
- 12 Robert Tapfumaneyi, op. cit.
- 13 Inter-Censal demographic survey, 2017, UNFPA Zimbabwe/ZIMSTAT, <https://zimbabwe.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/Inter%20Censal%20Demography%20Survey%202017%20Report.pdf> (abgerufen am 1. April 2020).
- 14 Heidi Holland, Dinner with Mugabe. The untold story of a freedom fighter who became a tyrant, Johannesburg: Penguin Books, 2008, p. 145 ff.
- 15 „Zimbabwe: SADC, AU Should Denounce Crackdown,” Human Rights Watch, 6. August 2020, <https://www.hrw.org/news/2020/08/06/zimbabwe-sadc-au-should-denounce-crackdown> (abgerufen am 24. September 2020).
- 16 „Simbabwe: Bischöfe unterstützen #ZimbabweanLivesMatter,” Vatican News, 15. August 2020, <https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2020-08/simbabwe-bischoefe-unterstuetzen-zimbabweanlivesmatter-kampagne.html> (abgerufen am 20. August 2020).
- 17 „The march is not ended – Pastoral letter of the Zimbabwe Catholic Bishops’ Conference On the Current Situation in Zimbabwe,” kubatana, 14. August 2020, <http://kubatana.net/2020/08/14/the-march-is-not-ended-pastoral-letter-of-the-zimbabwe-catholic-bishops-conference-on-the-current-situation-in-zimbabwe/> (abgerufen am 20. August 2020).
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 „Simbabwe: Nuntius stellt sich hinter Erzbischof,” Vatican News, 16. August 2020, <https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2020-08/simbabwe-nuntius-erzbischof-ndlovu-krise-regierung.html> (abgerufen am 20. August 2020); „Southern African Catholic Bishops stand with Zimbabwean Bishops,” Vatican News, 19. August 2020; <https://www.vaticannews.va/en/africa/news/2020-08/southern-african-catholic-bishops-express-solidarity-with-zimbab.html> (abgerufen am 20. August 2020); Mercy Maina, „Church Leaders in Southern Africa, Zimbabwe Express Solidarity with Bishops in Zimbabwe,” AciAfrica, 19. August 2020, <https://www.aciafrica.org/news/1852/church-leaders-in-southern-africa-zimbabwe-express-solidarity-with-bishops-in-zimbabwe> (abgerufen am 20. August 2020).
- 21 George Conger, „Zimbabwe Anglican bishops release pastoral letter backing Catholic criticisms of the ZANU-PF government,” Anglican Ink, 30. August 2020, <https://anglican.ink/2020/08/30/zimbabwe-anglican-bishops-release-pastoral-letter-backing-catholic-criticisms-of-the-zanu-pf-government/> (abgerufen am 24. September 2020).
- 22 : „Zimbabwe Catholic bishops, lawyers criticise alleged government abuses,” Reuters, 16. August 2020, <https://www.reuters.com/article/us-zimbabwe-politics/zimbabwe-catholic-bishops-lawyers-criticise-alleged-government-abuses-idUSKCN25C0NU> (abgerufen am 20. August 2020).
- 23 Zur aktuellen Situation in Simbabwe vgl. Johannes Mehlitz, Afrika – der Chancenkontinent. Gesellschaft - Glaube – Entwicklung, ein Buch mit Interviews mit Pater Oskar Wermter SJ für Kirche in Not Deutschland, München 2020. Hrg. im April 2020.
- 24 Holland, Heidi, op. cit.
- 25 Michael Gregory, „Simbabwes Kirche protestiert gegen Menschenrechtsverstöße,” Die Tagespost, 30. August 2020, <https://www.die-tagespost.de/politik/aktuell/simbabwes-kirche-protestiert-gegen-menschenrechtsverstoesse;art315,211378> (abgerufen am 22. September 2020).
- 26 „Pastoral letter by Catholic bishops which attracted Zimbabwe’s info minister’s wrath,” Pindula News, 14. August, <https://news.pindula.co.zw/2020/08/16/full-text-pastoral-letter-by-catholic-bishops-which-attracted-zimbabwes-info-ministers-wrath/> (abgerufen am 24. September 2020); „Zimbabwe: Citizens groups endorse Bishops’ Pastoral Letter,” Independent Catholic News, 16. August 2020, <https://www.indcatholicnews.com/news/40249> (abgerufen am 24. September 2020).
- 27 „Zimbabwe’s Evangelicals defend Catholics from Government attacks,” Vatican News, 26. August 2020, <https://www.vaticannews.va/en/africa/news/2020-08/zimbabwe-s-evangelicals-defend-catholic-bishops-from-government.html> (abgerufen am 24. September 2020); George Conger, „Zimbabwe Anglican bishops release pastoral letter backing Catholic criticisms of the ZANU-PF government,” Anglican Ink, 30. August 2020, <https://anglican.ink/2020/08/30/zimbabwe-anglican-bishops-release-pastoral-letter-backing-catholic-criticisms-of-the-zanu-pf-government/> (abgerufen am 24. September 2020).